

KIRCHLICHES JAHRBUCH 2010

KIRCHLICHES JAHRBUCH

für die Evangelische Kirche in Deutschland

2010

Begründet von Johannes Schneider

Herausgegeben von

Friedrich Hauschildt, Klaus-Dieter Kaiser

Claudia Lepp und Harry Oelke

137. Jahrgang

Lieferung 2

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

GERECHTER FRIEDE AM HINDUKUSCH?

Die evangelische Kirche
und der Afghanistan-Konflikt
2008 bis 2010

Von Gerhard Arnold

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

Das Personen-, Orts- und Sachregister befindet sich
in der letzten Lieferung des Jahrgangs



Evangelische Kirche in Deutschland

Um den thematischen Charakter von Lieferung 2 des Kirchlichen Jahrbuchs
zu unterstreichen, hat dieser Teilband eine eigene, am Titel der jeweiligen
Ausgabe orientierte Umschlaggestaltung.
Der übliche Aufbau der Bände wird beibehalten.

ISBN 978-3-579-01607-8

ISSN 0075-6210

1. Auflage

Copyright © 2013 by Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH, München

Umschlagbild: Der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, und der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann (v. li.) feiern mit Bundeswehr-Soldaten am 2. Februar 2011 im Bundeswehr-Camp Marmal in Masar-i-Scharif (Afghanistan) einen Gottesdienst;
© Stefano Toneatto / epd.

Satz: SatzWeise, Föhren

Druck und Einband: Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany

www.gtvh.de

Inhalt

Vorwort	IX
Abkürzungen	XII
1. Von der Neuordnung der Friedensarbeit der EKD bis zum Ende der Ära Huber 2008/2009	3
1.1 Kurzer Rückblick: Die Lage in Afghanistan 2006 bis 2008	3
1.2 Fachkundige Lagebeurteilungen im Jahr 2008	5
1.3 Erstes Halbjahr 2008: Die Bundeswehr im Konflikt mit NATO-Anforderungen und der deutschen Presse	9
1.4 Neue Personen: Friedensbeauftragter und Militärbischof	11
1.5 Der Ratsvorsitzende der EKD, die Friedensdenkschrift und die Auslandseinsätze der Bundeswehr	13
1.6 Die Trauerfeier für den gefallenen Soldaten Mischa Meier	17
1.7 Kontroversen nach der Trauerfeier für Mischa Meier	22
1.8 Das überarbeitete Afghanistan-Konzept der Bundesregierung	26
1.9 40. Jahrestag der Gründung der AGDF – Erste Positionsbestimmungen durch den Friedensbeauftragten und den Militärbischof	28
1.10 Die neue Grundlagen-Denkschrift der EKD	31
1.11 Tapferkeitsauszeichnungen für Soldaten der Bundeswehr?	32
1.12 Zwei gefallene Bundeswehr-Soldaten nach einem Selbstmordattentat	35
1.13 Der Friedensbeauftragte zu Afghanistan	38
1.14 Die EKD-Synode in Bremen vom 2. bis 5. November 2008	41
1.15 Die Grundsteinlegung des Ehrenmals der Bundeswehr in Berlin	46
1.16 Präsidentenwechsel in den USA – Neue Strategie für Afghanistan?	50
1.17 Gesamtkonferenz im Jahr 2009 der Militärpfarrerinnen und -pfarrer	53
1.18 Sergej Motz: Der erste direkte Kampftote der Bundeswehr	56
1.19 Die EKD-Synode in Würzburg; 30. April bis 3. Mai 2009	57
1.20 Die Afghanistanreise des Militärbischofs im Mai 2009	59
1.21 Drei Soldaten bei Kunduz ums Leben gekommen – neue Kriegsdiskussion	62
1.22 Der Luftangriff vom 4. September 2009	63
1.23 Die Einweihung des Ehrenmals der Bundeswehr in Berlin: 8. September 2009	72
1.24 Bundestagswahl und Regierungswechsel	78
Exkurs: Krieg oder kein Krieg in Afghanistan?	79
1.25 Die ethische Bildung in den Streitkräften – Der Beitrag der Evangelischen Militärseelsorge	83
1.26 EKD-Synode in Ulm vom 25. bis 29. Oktober 2009	90
1.27 Die neue Bundesregierung und das alte Tanklaster-Problem. Weitere kirchliche Stellungnahmen	95

1.28	Rückblick auf sechs Jahre EKD-Ratsvorsitz Bischof Wolfgang Huber und die Afghanistan-Frage 2003–2009	101
2.	Die Ära Käßmann und Afghanistan	104
2.1	Wichtige Themen für die neue Ratsvorsitzende	104
2.2	Annäherungen an das Thema Afghanistan	105
2.3	16. Dezember 2009: Afghanistan im Zentrum von zwei Interviews	114
2.4	Heiligabend 2009: Die beiden Zeitungs-Interviews und die Weihnachtspredigt	116
	Exkurs: Zur Afghanistan-Passage in der Weihnachtspredigt	126
2.5	Andere kirchliche Beiträge	132
2.6	Die Neujahrspredigt 2010 der Ratsvorsitzenden	134
2.7	Erste politische Reaktionen und Klarstellungen Käßmanns	138
2.8	Erste Pressekommentare nach der Neujahrspredigt	142
2.9	Einzelpersonen	146
2.10	Erste Bemühungen der EKD um Schadensbegrenzung	151
2.11	Statt politischem Schlagabtausch: Die Ratsvorsitzende und der Verteidigungsminister suchen das Gespräch	152
2.12	Käßmanns Rede am 6. Januar 2010 in Loccum	155
2.13	Kirchliche Stellungnahmen zur Neujahrspredigt und zur ersten Kritik an der EKD-Ratsvorsitzenden	158
2.14	Kirchliche Äußerungen unmittelbar vor dem Gespräch mit dem Verteidigungsminister	160
2.15	11. Januar 2010: Das Gespräch mit Verteidigungsminister zu Guttenberg	163
2.16	Das Medienecho nach dem Gespräch mit dem Verteidigungsminister	168
2.17	Weitere Interviews und Beiträge der EKD-Ratsvorsitzenden	170
2.18	Kirchliche Äußerungen nach dem Treffen	173
2.19	Äußerungen aus der EKD-Synode	174
2.20	Planungen für den Besuch der EKD-Ratsvorsitzenden in Afghanistan	177
2.21	Weitere politische Kontakte der Ratsvorsitzenden	179
2.22	Vertrat Bischöfin Käßmann die Position der LINKS-Partei?	181
2.23	Stimmen von Militärs und Soldatenverbänden	184
2.24	Stellungnahmen von evangelischen Militärpfarrern	189
2.25	Stellungnahmen evangelischer Universitätstheologen	197
2.26	Die EKD-Erklärung vom 25. Januar 2010	202
2.27	Käßmann und die Alliierten im 2. Weltkrieg	208
2.28	Die Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar 2010	210
2.29	Die Ratssitzung der EKD am 29. Januar 2010	219
2.30	Kirchenvertreter in Talk-Shows und Studio-Diskussionen	220
2.31	Stellungnahmen aus der katholischen Kirche einschließlich von Militärbischof Mixa	222
2.32	Publizistische Beiträge in Zeitschriften	230
2.33	Kirchliche Pressebeiträge und Kommentare	232

3. Die Ära Präses Schneider	235
3.1 Die Verlängerung des ISAF-Mandats am 26. Februar 2010	235
3.2 Fortführung der Reisepläne nach Afghanistan	236
3.3 Die Entwicklung der militärischen Lage und die neue deutsche Strategie im Jahr 2010	238
3.4 Äußerungen des amtierenden EKD-Ratsvorsitzenden Schneider, des Militärbischofs und des Friedensbeauftragten bis Ostern 2010	240
3.5 Die Karfreitagsgefallenen und das Osterfest in Deutschland	249
3.6 Politische und kirchliche Diskussionen nach den Karfreitagstoten	253
3.7 Der zweite Anschlag der Taliban am 15. April 2010	261
3.8 Der Ökumenische Kirchentag in München 12. bis 16. Mai 2010	265
3.9 Das Friedensgutachten 2010	269
3.10 Ein hochkarätiges Podium mit Staat und Kirche am 16. Juni 2010 in Berlin	271
3.11 Die politische und militärische Lageentwicklung in Afghanistan seit Ostern 2010	279
Exkurs: Die deutsche Exit-Diskussion nach der Londoner Konferenz	280
3.12 Die dritte tödliche Attacke auf die Bundeswehr am 7. Oktober 2010.	289
3.13 Veranstaltungen der Militärseelsorge in Deutschland	289
3.14 Die Herbst-Synode der EKD 2010 in Hannover und das Thema Afghanistan	294
3.15 Weitere Äußerungen von EKD-Repräsentanten bis zum Jahresende	300
 4. Die EKD-Reise nach Afghanistan	 307
 5. Rückblick: Drei EKD-Ratsvorsitzende und das Thema Afghanistan	 329
 Personenregister	 336

Vorwort

Kein Auslandseinsatz der Bundeswehr hat die deutsche Politik und die Medien, zuweilen auch die Öffentlichkeit, so in Atem gehalten wie der in Afghanistan. Aus den überschaubar scheinenden Antiterror- und Stabilisierungsoperationen in dem fernen Land am Hindukusch entwickelte sich der erste harte und länger dauernde Kampfeinsatz der deutschen Streitkräfte. Weder die Politik, die Streitkräfte noch die deutsche Öffentlichkeit waren darauf mentalitätsmäßig vorbereitet.

Konnte die evangelische Kirche, also die Landeskirchen und die Kirchenbünde, insbesondere die EKD, diesen Prozess von der ersten Bundestagsentscheidung am 16. November 2001 an hilfreich und richtungsweisend begleiten? Zur Klärung dieser Frage gibt es für die Anfangszeit von 2001 bis etwa 2003 zwei zeitgeschichtliche Untersuchungen, eine des Verfassers im Kirchlichen Jahrbuch 2003¹, die andere von Bernd Kirchschrager in seiner Promotionsarbeit von 2006². Das waren aber nur erste Schnitten, noch keine wirklich perspektivenreichen Antworten.

Die vorliegende Studie setzt im Sommer 2008 ein. In zufälliger Gleichzeitigkeit trat Dr. Martin Dutzmann sein neues Amt als evangelischer Militärbischof an, Pastor Renke Brahms erstmalig das neugeschaffene Amt des Friedensbeauftragten der EKD, während sich im deutschen Verantwortungsbereich in Nordafghanistan die Konfliktlage erkennbar zu verschärfen begann.

Wie reagierten die beiden neuen EKD-Spitzenrepräsentanten, wie reagierte der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber? War ihnen die neue EKD-Friedensdenkschrift vom Oktober 2007³ eine Hilfe? Hatten sie genügend Arbeitsressourcen, um die politische und mediale Diskussion mit eigenen fundierten Beiträgen fachkundig zu begleiten und zu beeinflussen?

Die vorliegende Arbeit folgt der Grundkonzeption des Kirchlichen Jahrbuchs, die kirchlichen Beiträge zum gewählten Thema Afghanistan in ihrer Breite zu dokumentieren und sie im Blick auf die friedensethischen Vorgaben zu analysieren. Dem zeitgeschichtlichen Kontext mit seinen oft kontroversen Sachdiskussionen wurde viel Aufmerksamkeit gewidmet.

»Nichts ist gut in Afghanistan.« Diese Behauptung von Bischöfin Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 in Dresden wurde zum geflügelten Wort. Die Käßmann-Kontroverse, die mit diesem Verdikt, aber auch mit weiteren Interview-Äußerungen in Gang kam, ist ein Schwerpunkt dieser Arbeit. Sie führte in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch in der Kirche zu bisher noch nicht da gewesenen Konflikten und Polarisierungen, die der gründlichen Aufarbeitung bedürfen. Grundlage war eine extrem aufwändige Quellendokumentation, da die meisten Äußerungen

1. Gerhard Arnold: Die evangelischen Kirchen und die militärischen Konflikte nach dem 11. September 2001, in: KJ 2003, Gütersloh 2007, 58–141.

2. Kirchschrager, Bernd: Kirche und Friedenspolitik nach dem 11. September 2001. Protestantische Stellungnahmen und Diskurse im diachronen und ökumenischen Vergleich Kirche und Friedenspolitik nach 9/11, Göttingen 2007.

3. Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007.

über das flüchtige Medium von Rundfunk- und Fernsehsendungen liefern. Zum heutigen Zeitpunkt wären viele Stellungnahmen in den Medien nicht mehr zu beschaffen.

Bischöfin Käßmann polarisierte in der Afghanistanfrage stark, was sie ursprünglich nicht wollte. Sagte sie »das rechte Wort zur rechten Zeit«, wie die neue Grundlagendenschrift der EKD zur öffentlichen kirchlichen Rede von 2008 fordert? Der Verfasser vertritt eine klare eigene Position, die sich aus vielen Hintergrundgesprächen mit kirchlich Verantwortlichen speist. Es ist nicht selbstverständlich, dass das Kirchenamt der EKD – um ein Beispiel zu nennen – den Verlauf des kirchlichen Krisenmanagements seit dem 3. Januar 2010 mit vielen Einzelheiten offen legte, ohne dabei die Aktensperre aufzuheben. Die Spitzenrepräsentanten der EKD zeigten unterschiedliche inhaltliche Positionen zum deutschen Afghanistan-Einsatz und positionierten sich deshalb auch unterschiedlich zu den Äußerungen von Bischöfin Käßmann. Vielfach wird in der Darstellung auf Hintergrundinformationen von EKD-Mitarbeitern zurückgegriffen. Es war der Wunsch des EKD-Kirchenamtes, auf Anmerkungen mit genauer Quellenangabe, wer was gesagt hat, zu verzichten.

Die kritische Grundeinstellung des Verfassers zu Käßmanns politischen und theologischen Statements ist unübersehbar. Im Hintergrund steht die jahrelange intensive eigene Beschäftigung mit dem Afghanistan-Konflikt und mit der Friedensdendenschrift der EKD sowie eigene friedensethische Studien.

Präses Nikolaus Schneider wurde Ende Februar 2010 kurzfristig Nachfolger von Bischöfin Käßmann im Amt des Ratsvorsitzenden. Im Berichtszeitraum dieser Studie war er der dritte oberste Repräsentant der EKD. Wie sah seine Linie im Afghanistan-Konflikt aus? Sie lässt sich anhand seiner vielen Interviews rekonstruieren. Auch seine Ausführungen werden befragt, ob sie »das rechte Wort zur rechten Zeit« waren.

Mit der Reise der EKD-Delegation nach Afghanistan vom 2. bis 5. Februar 2011 schließt die vorliegende Studie. Mit dieser Reise endete nämlich die Käßmann-Kontroverse endgültig. Die Teilnehmer fanden eine neue Formel, die sie in die Medien hinein trugen: »Es gibt Hoffnung für Afghanistan, aber Hoffnung auf dünnem Eis.« Damit war die rein negative Sicht von Bischöfin Käßmann entschärft.

Wie das internationale Afghanistan-Engagement ausgehen wird, ist auch bei Abschluss dieses Buches völlig offen. Das Urteil hängt auch von den letztendlich definierten Mindestzielen ab, von der menschlichen Opferbilanz auf allen Seiten, von der Entwicklung der Region, insbesondere in Pakistan.

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist nicht nur eine harte Bewährungsprobe für die deutsche Politik im europäischen und transatlantischen Rahmen, eine Bewährungsprobe für politische Verlässlichkeit, für Orientierung an Werten, sondern auch für die Fähigkeit zu politischer Überzeugungsarbeit gegenüber der demokratischen Gesellschaft. Der Afghanistan-Einsatz wurde aber auch zum Prüfstein für die EKD. Hatte sie die nötigen Ressourcen, die nötige Fachkompetenz und die nötigen friedensethischen Grundlagen, verbunden mit politischem Augenmaß, um »das rechte Wort zur rechten Zeit« zu sagen?

Es wäre für den Verfasser eine große Freude, wenn er mit seiner Arbeit weitere wissenschaftliche Untersuchungen anstoßen könnte.

Eine Beschränkung besonderer Art möchte er nicht verschweigen. Viele Zeitungsbeiträge konnten nur mit ganz kurzen Passagen zitiert werden, weil wichtige

Verlage zu kostenlosen Abdruckgenehmigungen von mehr als einem Fünftel bis Drittel eines Artikels nicht zu bewegen waren. Die größten deutschen Verlagshäuser waren dabei unerbittlich in der Sache bei aller Freundlichkeit im Ton. Die Rede ist von der *Süddeutschen Zeitung*, vom *SPIEGEL*, von der *FAZ* und dem Springer Verlag mit der Tageszeitung *DIE WELT* als dem bekanntesten Produkt. Die kleinen Zeitungen und die regionalen Verlagsgruppen wie die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* waren dagegen mit den Nachdruckgenehmigungen großzügig. Das gilt insbesondere für das breite Spektrum der kirchlichen Presse und für die kirchlichen Pressedienste.

Das ursprüngliche Manuskript behandelte eine weitere Thematik, die an vielen Stellen anklingt: Die Arbeit der evangelischen Militärseelsorge bei der kämpfenden Truppe in Afghanistan und ihre Mitwirkung bei den Trauerfeiern für gefallene Soldaten in Deutschland. Aus Platzgründen musste diese ausführliche Darstellung im vorliegenden Band entfallen. Es ist vorgesehen, sie in einem späteren Band abzu drucken.

Nur den tatkräftigsten Helfern kann an dieser Stelle Dank gesagt werden. Dazu gehört das Kirchenamt der EKD in Hannover mit ihrer Dienststelle Berlin und der ganze Bereich der Evangelischen Militärseelsorge, das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr (EKA) und die Dienststelle des Militärbischofs. Auch die Zentrale des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Frankfurt/M. war sehr behilflich.

Herr Dr. Karl-Heinz Fix, der leitende Redakteur des Kirchlichen Jahrbuchs, hat sich wieder mit großer Geduld und Fachkompetenz des umfangreichen Manuskripts angenommen und es bis zur Fassung letzter Hand begleitet.

Nicht zuletzt danke ich meiner Frau für ihre Verzichtsbereitschaft und Toleranz während der dreijährigen Arbeitsphase.

Würzburg, im April 2013

Gerhard Arnold

Abkürzungen

a. D.	außer Dienst
AGDF	Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden
AKUF	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg
Anm.	Anmerkung
AP	Associated Press
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschlands
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BT-Drs	Bundestags-Drucksache
BZ	Berliner Zeitung [Ullstein GmbH]
B.Z.	Berliner Zeitung [Berliner Verlag GmbH]
CDU	Christliche-Demokratische Union Deutschlands
CIMIC	Civil-Military Co-operation
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
dpa	Deutsche Presse-Agentur
EKA	Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr
EKHN	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
EKiR	Evangelische Kirche im Rheinland
epd	Evangelischer Pressedienst
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FKRE	Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung
FR	Frankfurter Rundschau
H.	Heft
Hg./hg.	Herausgeber/herausgegeben
HIK	Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung
HK	Herder Korrespondenz
idea	Informationsdienst der Evangelischen Allianz
IED	Improvised Explosive Devices
i. G.	im Generalstab
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
Incl.	inclusive
ISAF	International Security Assistance Force
KJ	Kirchliches Jahrbuch
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur
KW	Kalenderwoche
LKU	Lebenskundlicher Unterricht
NA	Nordallianz
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NEK	Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche
NGO	Non-governmental Organisation
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PCK	Presbyterian Church of Korea
Pfr.	Pfarrer
PRT	Provincial Reconstruction Team

PSN	Psychosoziales Netzwerk der Bundeswehr
OEF	Operation Enduring Freedom
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
QRF	Quick Reaction Force
S.	Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SWR	Südwestrundfunk
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
Uffz.	Unteroffizier
UN	United Nations
VENRO	Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
ZDv	Zentrale Dienstvorschrift
ZEE	Zeitschrift für evangelische Ethik

Gerechter Friede am Hindukusch?

Die evangelische Kirche und der Afghanistan-Konflikt 2008 bis 2010

Von Gerhard Arnold

Hinweis: Die kursiv gesetzten Ziffern auf den Seiten außen ergeben die fortlaufende Paginierung des gesamten Jahrgangs.

1. Von der Neuordnung der Friedensarbeit der EKD bis zum Ende der Ära Huber 2008/2009

1.1 Kurzer Rückblick: Die Lage in Afghanistan 2006 bis 2008

Afghanistan ist das Land der schlechten Nachrichten. Das fing schon Jahre vor Beginn des Berichtszeitraums 2008 an. Diesen Eindruck mussten die meisten Zeitgenossen bekommen, wenn sie sich spätestens seit 2006 mit schnellem Blick in die Tagespresse, in die Boulevard-Medien und in die Nachrichtensendungen des Fernsehens informierten.

Babak Khalatbari, für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kabul tätig, schrieb am 8. September 2006 für den SPIEGEL:¹

Vor fünf Jahren stürzten die Taliban. Was als Afghanistans Aufbruch in eine bessere Zukunft begann, droht nun zu scheitern: Der Einfluss der Islamisten wächst wieder, die Demokratisierung rückt in die Ferne – die meisten Afghanen wollen jetzt sogar die einst verhasste Religionspolizei zurück.

Die alten Einsatzskeptiker Willy Wimmer (CDU) und Peter Gauweiler (CSU) hielten den Bundeswehreininsatz bereits für gescheitert und forderten den Abzug der deutschen Soldaten.² Auch sehr kompetente Fachleute z. B. der Heinrich-Böll-Stiftung beobachteten im Verlauf des Jahres 2006 einen starken Abwärtstrend im Land:³

Doch seit dem Frühsommer 2006 hat sich die Gesamtlage auch nach Einschätzung von unabhängigen Instituten so verschlechtert, dass eine längerfristige Stabilisierung grundsätzlich gefährdet erscheint. Während Rückschläge in Post-Konflikt-Szenarien eigentlich normal sind, steht Afghanistan allerdings vor grundsätzlichen Herausforderungen und Problemlagen, die spezifisch sind und nachfolgend so skizziert werden können:

- Destabilisierung der Sicherheitslage mit militanter Infiltration von außen, Aufstandsbewegungen und Neo-Taliban
- Wachsende Legitimationsdefizite von Regierung, Internationaler Gemeinschaft und ausländischen Stabilisierungstruppen wie ISAF
- Unzureichender wirtschaftlicher Wiederaufbau mit riesiger Drogenökonomie

Spätestens im Jahr 2006 begann für die aufmerksamen Beobachter und Fachleute in Afghanistan unübersehbar die Wende zum Schlimmeren. Für die Bundeswehr wirkte sich diese ungünstige Entwicklung noch nicht gravierend aus, weil sich die anwachsenden Gefechtstätigkeiten vonseiten der Taliban weithin im Süden und Südosten des Landes abspielten.

Etwa 20.000 westliche Soldaten waren damals im Land tätig. Im Jahresverlauf

1. Afghanistan-Bilanz: Comeback der Scharfmacher und Sittenwächter, in: SPIEGEL online, 8. September 2006.

2. Unionspolitiker fordern Abzug der Bundeswehr (Münchner Merkur online, 27. September 2006).

3. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Politischer Jahresbericht: Pakistan/Afghanistan. Juli 2005 – Oktober 2006, von Gregor Enste, gedrucktes Manuskript, 11.

wurden rund 190 NATO-Soldaten incl. unter ISAF-Mandat der USA (97) getötet. Die Zahl der Selbstmord-Attentate stieg steil an; am Jahresende waren es 105. Bei insgesamt zehn feindlichen Attacken in Nord-Afghanistan wurden 12 Bundeswehr-Soldaten verwundet, kein einziger kam aber ums Leben. Umfrageergebnisse im Deutschland TREND der ARD im November 2006 zeigten eine mehrheitliche Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im allgemeinen in Höhe von 57 Prozent; eine Mehrheit von 69 Prozent wünschte allerdings, dass sich die Bundeswehr »von der einen oder anderen Mission zurückzieht«.⁴

Der FDP-Politiker Rainer Stinner warnte im Gespräch mit *SPIEGEL-online* davon,⁵

in der Vorstellung zu verharren, die Deutschen seien nur in Afghanistan »um Brunnen zu bauen und Gutes zu tun.« Die Deutschen dürfen nicht annehmen, dass sie nur die eine »Seite der Medaille« ausführten. »Der Einsatz geht über eine Peace-keeping-Mission hinaus und ist Teil einer Kampfoperation«.

Doch die deutsche Bevölkerung war im Jahr 2006 über den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan nur minimal informiert, nur 5 Prozent meinten, ihnen seien »wesentliche Fakten bekannt.«⁶ Aber 53 Prozent der Befragten stimmten der deutschen Beteiligung ganz oder eher zu, weniger als im Vorjahr. Von einer dramatischen Problemwahrnehmung in der Bevölkerung konnte also nicht die Rede sein. War das der Grund, weshalb sich in der EKD niemand ernsthaft für den Konflikt im fernen Afghanistan interessierte? Der Rat und die Kirchenkonferenz blieben jedenfalls nach außen hin unberührt. Der Ratsvorsitzende Wolfgang Huber⁷ hingegen nahm Afghanistan wahr wie die Konflikte im Iran, in den Palästinenser-Gebieten und insbesondere im südlichen Sudan. Er äußerte sich in Medien zweimal zum Thema, erstmalig am 25. Oktober 2006,⁸ wenige Stunden nachdem die *BILD-Zeitung* die anstößigen Bilder, die Bundeswehr-Soldaten mit Skeletteilen zeigten, veröffentlicht hatte. Nach seiner Kritik an den schockierenden Bildern wandte er sich dagegen,

derlei »erschütternde Begleiterscheinungen« zum Maßstab dafür zu machen, ob der Afghanistan-Einsatz grundsätzlich zu rechtfertigen sei.

Wie bei allen Auslandseinsätzen gehe es um eine politische und ethische Abwägung. Ein Abzug der Bundeswehr zum jetzigen Zeitpunkt sei angesichts der instabilen Lage am Hindukusch keinesfalls zu verantworten.

4. Infratest dimap, Deutschland TREND November 2006. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen (nur online abrufbar: <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0611.pdf>. das Zitat auf 3).

5. Anna Reimann und Severin Weiland: Afghanistan: »Bundeswehr-Mandat überdenken«, in: *SPIEGEL online*, 7. Juni 2006.

6. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.): Einstellungen der Bundesbürger zu zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Projektleiter Dr. Thomas Bulmahn (Die Studie kann von der Homepage des Sozialwissenschaftlichen Instituts abgerufen werden).

7. Der Berliner Bischof Dr. Wolfgang Huber war von 2003 bis Ende Oktober 2009 auch Ratsvorsitzender der EKD.

8. Bischof Wolfgang Huber im Redaktionsgespräch: »Konflikt der Kulturen ist ein unzutreffendes Etikett«. Der EKD-Ratsvorsitzende wirbt für den Dialog mit dem Islam, in: *Kölner Stadtanzeiger*, 26. Oktober 2006.

Wenige Tage später ging er in seiner Kolumne in der *B.Z.* nochmals auf den Vorgang ein und führte weiter aus:⁹

Die internationale Verantwortung unseres Landes kostet ihren Preis. Deshalb ist jede Entscheidung für einen solchen Einsatz schwer. Und der Ausgang ist meistens ungewiss.

Der Afghanistan-Einsatz war deshalb von Anfang an umstritten. Ob er die Gefahr des Terrorismus bannt und den Frieden am Hindukusch fördert, weiß niemand genau. Aber nachdem die Aktion im Gang ist, wird man sie nicht abrechnen können.

Deutlicher als am 26. Oktober stellte Huber die Schwierigkeiten heraus, über einen Auslandseinsatz zu entscheiden und nannte den meist ungewissen Ausgang. Beide Male wies er aber politische Forderungen zurück, den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan abzubrechen. Vergleichbare veröffentlichte Äußerungen anderer kirchenleitender Personen sind nicht bekannt.

Wenige Tage später war Afghanistan im mündlichen und schriftlichen Ratsbericht und bei der Aussprache auf der EKD-Synode 2006 in Würzburg kein Thema, was nicht am Desinteresse des Ratsvorsitzenden lag, eher an dem der Synode.

Im Jahr 2007 ereigneten sich im deutschen Verantwortungsbereich im Norden des Landes 15 Anschläge mit elf Verwundeten und sechs toten deutschen Soldaten. Im Folgejahr 2008 drang die Gewalt noch heftiger in den Norden vor. Bei nun 42 Anschlägen wurden 32 Soldaten verwundet und vier kamen ums Leben.

1.2 Fachkundige Lagebeurteilungen im Jahr 2008

Wie sahen Fachleute die Lage im Land im Jahr 2008? Im Folgenden seien nun auf der wissenschaftlichen Ebene verschiedene Lagebeurteilungen und Handlungsempfehlungen aus dem hochqualifizierten Berliner Think Tank *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) vorgestellt. Die allgemein im Internet zugänglichen Texte boten eine sehr gediegene Analyse mit Handlungs-Empfehlungen für die Bundesregierung.

Christian Wagner konnte in seiner Studie über die Lage in Pakistan vom Januar 2008¹⁰ kaum Positives berichten. Pakistan entwickelte sich im Laufe der letzten Jahre zum größten Problem-Nachbarland für Afghanistan. Wagner schrieb in der einleitenden Zusammenfassung:

Neun Jahre nach dem Putsch von Präsident Musharraf im Oktober 1999 ist die Sicherheitslage so schlecht wie selten zuvor in der sechzigjährigen Geschichte Pakistans.

Im März 2008 listete Sascha Lange¹¹ die erheblichen Mängel bei der Ausstattung der Bundeswehr-Verbände auf und mahnte Verbesserungen an.

Die Studie von Timo Noetzel und Martin Stapfe vom Mai 2008¹² beschäftigte

9. Kolumne: Wolfgang Huber. Soldaten am Hindukusch, in: *B.Z.*, 3. November 2006.

10. Die Perspektiven für Demokratie in Pakistan, SWP Aktuell 5, Januar 2008, Berlin, 4 Seiten.

11. Die Bundeswehr in Afghanistan, Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität, SWP Studie S 9, März 2008, Berlin, 33 Seiten.

12. Aufstandsbekämpfung als Auftrag, Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP Studie S 13, Mai 2008, 29 Seiten.

sich mit der sehr ungünstigen Entwicklung der Sicherheitslage. Die Autoren meinen, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan »Fähigkeiten und Vorgehensweisen erfordert, die jenseits des bisherigen politischen Verständnisses von Auslandseinsätzen der Bundeswehr liegen.« Dazu gehöre die Notwendigkeit, künftig mehr offensive militärische Operationen durchzuführen. Deshalb gebe es Handlungsbedarf bei den einsatzrechtlichen Fragen. Sehr schwierig sei es zudem, Aufstandsbekämpfung und zivilen Wiederaufbau miteinander zu verbinden und dafür ganze neue Organisations- und Führungsstrukturen zu schaffen.

Einen zusammenfassenden Lagebericht über Afghanistans Institutionen bot Thomas Ruttig im Juni 2008¹³:

Sieben Jahre nach dem Sturz des Taleban-Regimes 2001 ist der materielle und institutionelle Wiederaufbauprozess in Afghanistan in die Krise geraten. Eine militante Aufstandsbewegung verwehrt afghanischen und ausländischen Akteuren – Zivilisten und Militärs – den Zugang zu weiten Teilen des Landes. Dadurch sind die bislang erzielten Erfolge beim Wiederaufbau massiv gefährdet. Der klassische Ansatz einer UN-geführten Post-Conflict-Stabilisierung, wie er den Vereinbarungen der Bonner Afghanistan-Konferenz von Ende 2001 zugrunde lag, ist spätestens im Jahr 2003 hinfällig geworden. Seither folgt die internationale Gemeinschaft einer militärisch dominierten und faktisch US-geführten Stabilisierungs- und Aufstandsbekämpfungsstrategie.

Wer jedoch die Aufstandsbewegung primär als militärisches Problem (oder gar als bloße terroristische Angelegenheit) betrachtet, der übersieht, dass sie nicht nur Ursache, sondern teilweise auch Folge eines verfehlten Übergangsprozesses ist. Ein bedeutender Teil der Aufständischen gehört nicht zur islamistischen Al-Qaida-Internationalen, sondern bekämpft die Karzai-Administration wegen ihrer institutionellen Schwächen – schlechter Regierungsführung, Korruption und mangelnder Rechtsstaatlichkeit. Bestimmte Stammesgruppen haben sich gleichzeitig gegen ihre politische Marginalisierung erhoben.

Auch Versäumnisse und Fehlentscheidungen der internationalen Gemeinschaft haben die Aufstandsbewegung stark gemacht. Zu früh wurde die neue Kabuler Regierung mit internationaler Legitimität versehen, zu lange hat man ihr Verhalten unkritisch beobachtet. Verheerende Folgen hatte die Bündnispolitik des Westens: Mit den Mudschahedin der Nordallianz (NA) setzten die intervenierenden US-Truppen im Kampf gegen die Taleban auf einen Alliierten, der sich während der Bürgerkriege nach 1992 in der Bevölkerung zutiefst diskreditiert hatte und dessen Gewaltherrschaft die Hauptursache für den Aufstieg der Taleban Mitte der neunziger Jahre war.

Welche Empfehlungen gab Ruttig ab? Er fordert eine Entwaffnung »illegal aufgerüsteter Kräfte« mit alternativen Machtzentren, also die Entwaffnung der Warlords. Die Regierung müsse in die Lage versetzt werden, landesweit »Basisdienstleistungen für die Bevölkerung bereitstellen zu können«. Korruption solle wirksam bekämpft und die Staatsstrukturen sollten dezentralisiert werden.

Das bisherige Konzept der Aufstandsbekämpfung sollte durch eine umfassende, einheitliche primär politische Strategie abgelöst werden. [...] Ziel sollte es sein, verständigungsbereite Teile der Aufstandsbekämpfung zur Einstellung des gewaltsamen Kampfes zu bewegen und sie für eine Beteiligung am politischen Prozess zu gewinnen.

Liest man diese Empfehlungen, so stellt sich die Frage, wie denn die Umsetzung möglich sein soll, wenn sie in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen ist.

13. Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie, SWP Studie S 17, Juni 2008, Berlin, 34 Seiten. Das Zitat im Text auf 5.

Zur afghanischen Misere gehörte auch der sehr große Schlafmohn-Anbau, der sich inzwischen auf den Süden und Südosten des Landes konzentrierte und den größten Teil des Welt-Heroinbedarfs deckte.¹⁴

Als Ergänzung seien die Empfehlungen des Friedensgutachtens 2008¹⁵ vorgestellt. Das ist auch für alle folgenden Jahre angezeigt, weil diese jährliche Publikation in der EKD und besonders in den Dienstbereichen der Friedensarbeit aufmerksam gelesen wurde.

Der Einsatz der Bundeswehr im Norden Afghanistans ist Teil des Gesamteinsatzes der NATO und der USA. Dessen Erfolg oder Scheitern entscheidet sich indes nicht im Norden allein, sondern hängt von der Entwicklung im gesamten Land, in erster Linie von der Stärkung der afghanischen Regierung ab. Der Auftrag der Bundeswehr unterliegt einem schleichenden Wandel von Assistenz zu Kampfeinsätzen, den die Politik wieder umkehren muss. [...] All dies erfolgt, weil Washington und einige NATO-Partner auf eine größere Rolle der Bundeswehr drängen, nicht, weil es erfolgversprechend wäre. Der Krieg in Afghanistan wird nicht militärisch, sondern politisch entschieden [...]

Die Bundesregierung sollte sich einer Ausweitung der Kämpfe widersetzen und sich stattdessen auf politische und entwicklungspolitische Aktivitäten konzentrieren, welche die afghanische Regierung stärken. Die internationale Gemeinschaft benötigt eine einheitliche und verantwortungsvolle Führung, die den Schwerpunkt ihrer Hilfe auf die Staatsbildung, besonders den Aufbau eines funktionierenden Rechtswesens, die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit sowie die Stärkung staatlicher Fähigkeiten legt. Die Reform des Sicherheitssektors muss vorangetrieben, während die enormen Geldsummen effektiver für den Aufbau lokaler Kapazitäten statt für eingeflogenes Personal und dessen Versorgung angelegt werden müssen. Die militärischen Komponenten des Einsatzes sollten diesem politischen Schlüsselziel untergeordnet werden. Der NATO-Einsatz kann die afghanische Regierung nur unterstützen, nicht ersetzen. Wo sie nicht präsent ist, gibt es nichts zu unterstützen. Deshalb sollte die Bundesregierung einen Rückzug der Bundeswehr in die Städte anvisieren. [...]

Die Bundesregierung könnte die Initiative für eine neue Petersberg-Konferenz ergreifen; die bisherigen Londoner Vereinbarungen (*Afghanistan Compact*) sind teils unreal, teils überholt, teils ohne Gespür für Prioritäten. Da die porösen Grenzen Afghanistans nicht nur den Rückzug illegaler Kombattanten, sondern auch den Drogen- und Waffenhandel begünstigen, sollten Nachbarn wie Iran, die zentralasiatischen Anrainer, Indien und Pakistan, China und nicht zuletzt auch Russland in Bemühungen zur Grenzstabilisierung, aber auch in Investitionen zugunsten von Afghanistans Infrastruktur einbezogen werden.

Übereinstimmung besteht zwischen beiden Studien, dass ein politischer Lösungsansatz gefunden werden sollte. Das Friedensgutachten lehnt eine Verstärkung der deutschen Truppen ab und empfiehlt einen Rückzug in die Städte. Es fordert u. a., dass die Reform des Sicherheitssektors, also der Aufbau von Polizei und Nationalarmee vorangetrieben werden müsse.

Bei jeder der sehr nachvollziehbaren Forderungen stellt sich die Frage. Wie können sie jetzt angesichts der enormen Schwierigkeiten und der verschlechterten Sicherheitslage besser umgesetzt werden als früher?

14. Dazu erschienen jährliche Berichte, die gemeinsam vom United Nations Office on Drugs and Crime und der afghanischen Regierung herausgegeben werden. Der Bericht für 2008: Afghanistan Opium Survey 2008, August 2008. Der englische Text kann von der Homepage www.unodc.org/documents/publications/ abgerufen werden.

15. Stellungnahme der Herausgeber: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Friedensgutachten 2008, Münster 2008, 3–26, 20 f.

Die schlechten Nachrichten aus Afghanistan nahmen also zu. Doch waren sie nur ein Teil der Wahrheit, ein Teil der sehr komplizierten afghanischen Realitäten. Der zivile Aufbau ging dennoch voran, wichtige Straßen wurden ausgebaut, Schulen und Gesundheitsstationen und Krankenhäuser entstanden, fast überall im Land gab es Handy-Empfang. Die Wirtschaft kam in Gang, Rundfunk und Fernsehen breitete sich aus mit vielen Sendern und Programmen. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veröffentlichte im Juli 2008 einen Newsletter *Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan*, der fortan im Zweimonatsabstand online erscheinen sollte. In der ersten Ausgabe schrieb der deutsche Botschafter Dr. Hans-Ulrich Seidt in Kabul im Grußwort:¹⁶

Afghanistan ist kein leichtes Land für die Entwicklungszusammenarbeit: Verwüstung von Menschen, Natur und Infrastruktur durch ein Vierteljahrhundert Krieg, eine große Anzahl rückkehrender Flüchtlinge, meist schwache Partnerinstitutionen, Korruption, andauernde Gewalt und Rechtlosigkeit in vielen Gebieten des Landes stellen uns vor große Herausforderungen. Hinzu kommt ein hoch komplexes Arbeitsumfeld mit fast 50 internationalen Gebern, mehreren tausend NGOs und entsprechendem Abstimmungsbedarf. Auch die Sicherheitslage und die dadurch notwendigen Schutzmaßnahmen für unsere afghanischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen belasten die Arbeit erheblich.

Dennoch leistet die afghanisch-deutsche Zusammenarbeit für Wiederaufbau und Entwicklung des Landes Bemerkenswertes. Mit Schwerpunkten in den Bereichen Energieversorgung, Wasser, Wirtschaftsentwicklung, Grund- und Berufsbildung arbeiten die Kolleginnen und Kollegen der Durchführungsorganisationen mit großem Einsatz, auch und gerade in den Provinzen, wo die deutsche Unterstützung für die Afghaninnen und Afghanen direkt spürbar wird. Zu den Fortschritten bei Stabilisierung und Entwicklung v. a. im Norden des Landes trägt die afghanisch-deutsche Entwicklungszusammenarbeit so erheblich bei.

Man kann nicht sagen, dass die vorgestellten Analysen aus Politik- und Friedenswissenschaft eine einheitliche Linie verfolgten und v. a. praxistaugliche Konzepte vorlegten. Eines aber erbrachte die kurze Übersicht aus der ersten Jahreshälfte 2008: An leicht zugänglichen wissenschaftlichen Studien war kein Mangel.

Bis zum Jahresende 2008 lagen zudem Fachveröffentlichungen über das Land am Hindukusch in nicht mehr überschaubarer Zahl vor, wissenschaftliche Studien in Buchform und in Fachzeitschriften, journalistische Berichte von längeren Aufenthalten im Land, Erfahrungsberichte von Bundeswehr-Soldaten, dazu Interviews in der Tagespresse und in Hörfunk und Fernsehen.

Wenn kirchliche Stellungnahmen, nicht nur der EKD, zur krisenhaften Entwicklung in Afghanistan abgegeben werden, dann müssen sie nicht nur im Blick auf die vorhandenen kirchlichen Friedensdokumente und anhand allgemeiner friedensethischer Grundsätze beurteilt werden, sondern auch im Blick auf sachverständige, aber vielfach uneinige Lageanalysen. Das wird es sehr schwer machen, eigene kirchliche Entwicklungsprognosen zu gewinnen und darauf friedensethische Urteile aufzubauen. Hinzu kommt, dass die Friedensdenkschrift der EKD zum Profil des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr nur wenig sagt.¹⁷

16. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Newsletter *Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan*, 1. Auflage – Juli 2008 (Der Newsletter kann von der Homepage des BMZ abgerufen werden).

17. Aus Gottes Frieden leben (wie Anm. 3 [Vorwort]). Für Afghanistan kommen die Ziffern 118, 120 und 122 f. der Denkschrift in Frage.

1.3 Erstes Halbjahr 2008: Die Bundeswehr im Konflikt mit NATO-Anforderungen und der deutschen Presse

Im Blick auf bald einsetzende kirchliche Stellungnahmen muss neben wissenschaftlichen Lagebeurteilungen auch auf aktuelle politische und militärische Konzepte, sowie auf die Herausforderungen für die deutschen Soldaten eingegangen werden.

Seit dem NATO-Gipfeltreffen in Bukarest im April 2008 verfügte das westliche Bündnis erstmals über ein Planungsdokument, das sich Strategie nannte. Das Ziel des NATO-Engagements wird einleitend deutlich formuliert: Afghanistan soll weder Operationsgebiet noch Rückzugsraum von Extremisten und Terroristen werden.

Dieses Anliegen war verbunden mit dem Willen, »der gewählten Regierung Afghanistans zu helfen, einen dauerhaften stabilen, sicheren, aufblühenden und demokratischen Staat aufzubauen«. Aus dem Text wird klar, dass der Aufbau Afghanistans als Mittel zum eigenen Sicherheitszweck anzusehen ist.

Diese Erklärung stützt sich auf einen mittelfristigen, internen politisch-militärischen Plan – in Übereinstimmung mit dem Afghanistan Compact und der nationalen afghanischen Entwicklungsstrategie –, der regelmäßig aktualisiert wird und auf dessen Grundlage wir die Fortschritte messen werden.

Der umfassende Ansatz der Strategie wollte »die Bemühungen aller lokalen und internationalen Partner zur Unterstützung der afghanischen Regierung auf den Gebieten Sicherheit, staatliches Handeln und Entwicklung« zusammenführen. Allerdings enthielt die »Strategische Vision« nicht mehr als Absichtsbekundungen zu wichtigen Themenfeldern.

In der NATO wurde über den Jahreswechsel 2007/2008 hinaus weiter über eine Truppenverstärkung im Süden Afghanistans diskutiert, auch über größere Flexibilität beim Einsatz der im ganzen Land stationierten Soldaten. Die ISAF-Kräfte wurden seit 2006 zunehmend von den Aufständischen angegriffen, die Distrikt um Distrikt unter ihre Kontrolle brachten. In diesen Monaten wurde aber auch deutlich, dass sich die amerikanische Truppenverstärkung im Irak, verbunden mit einer neuen Strategie, günstig auf die Sicherheitslage ausgewirkt und dort zu einem starken Rückgang der Sprengstoffanschläge geführt hatte.¹⁸

Der Kommentar von Stefan Kornelius in der SZ vom 1. Februar 2008 beschrieb klar die tatsächliche Konfliktlage in Afghanistan und die Herausforderung für die Bundeswehr:¹⁹

Ein Bündnis funktioniert nach einem simplen Prinzip: gleiche Lasten für alle, gleiche Pflichten für alle, gleiche Vorteile für alle. Deutschland profitierte jahrzehntelang von den Vorteilen des Nato-Bündnisses, das seine Sicherheit an der Nahtstelle einer zweigeteilten Welt garantierte.

[...] Nun holt die Realität die Politik ein. Keine rhetorische Kapriole kann die simple Wahrheit verschleiern, dass in Afghanistan gekämpft wird, und dass die Verbündeten die Last dieses Krieges nicht mehr alleine tragen wollen, den die deutsche Politik lange verharmlost hat.

18. Z.B. Majid Sattar: Umkehrung der Verhältnisse. Wie sich die Dinge wandeln: Die Sicherheitslage im Irak und in Afghanistan, in: FAZ, 24. Dezember 2007.

19. Mehr Ehrlichkeit, in: SZ, 1. Februar 2008.

Wer im Einsatz keinen Sinn mehr sehe, müsse abziehen. Kornelius warnte Deutschland aber vor den Folgen, wenn es auf Kosten der NATO eigene Sicherheitspolitik betreibe.

Wenige Tage später wurde bekannt, dass US-Verteidigungsminister Gates an seinen deutschen Kollegen Jung einen scharfen Brief geschrieben hatte, in dem er deutsche Truppen auch im Süden Afghanistans gefordert habe.²⁰ Das deutsche Nein wurde sogar in der NZZ vom 5. Februar 2008 scharf kritisiert.²¹

Auf einen anderen Aspekt der neuen Einsatzlage wies Stephan Löwenstein am 16. Februar hin²²: Die rechtliche Ausgestaltung der deutschen Einsatzregeln. Bisher durften die deutschen Soldaten nur in Selbstverteidigung schießen. Was aber, wenn sie in Kampfeinsätzen stecken hineingezogen werden?

Bemerkenswert ist auch, dass in der zweiten Aprilhälfte aus der CSU kritische Töne zum weiteren Afghanistan-Einsatz zu vernehmen waren. Befragt nach der Aufstockung der Bundeswehr-Verbände sagte der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer,²³ ihm gefalle die ganze Vorgehensweise nicht.

[...] Und ich stelle mir zwei Fragen: Wo soll das alles noch hinführen? Und: Wann gehen wir wieder raus aus Afghanistan? Wir brauchen eine Exit-Strategie, in der definiert ist, welche Ziele wir erreichen wollen. Dazu gehört für mich nicht nur der Aufbau einer vernünftigen Verwaltung und einer funktionsfähigen Polizei, sondern vor allem auch die Bekämpfung des geradezu explosionsartig ansteigenden Drogenanbaus. [...] Unseren Soldatinnen und Soldaten ist jedenfalls auf Dauer nicht zuzumuten, ihr Leben für die Sicherheit und Entwicklung eines Landes zu riskieren, in dem an fast jeder Ecke Drogen angebaut oder gehandelt werden.

Mit Exit-Strategie meinte Ramsauer, wie der Textzusammenhang erkennen lässt, eine Zielbestimmungsstrategie.

Trotz erheblich gestiegener feindlicher Attacken konnten die Bundeswehr-Soldaten der PRTs ihre Aufbauarbeit, wesentlich erschwert, vorantreiben. Der Politikwissenschaftler Dietmar Herz sagte dazu, diese Arbeit müsse noch mindestens zehn Jahre fortgesetzt werden.²⁴

Ende Juni erklärte die Bundesregierung offiziell, dass sie die Bundeswehr-Verbände im Herbst um 1000 Mann aufstocken werde.²⁵ Außenminister Steinmeier sagte in der Regierungserklärung zu Afghanistan am 25. Juni 2008 u. a.:²⁶

20. Z. B. Martin Winter/Stefan Kornelius: Kampf um die Kampftruppen. Wie US-Verteidigungsminister Gates den Streit über die Aufgabenverteilung in der Nato verschärft hat, in: SZ, 4. Februar 2008; wus.: Jung bleibt hart. Auch de Hop Scheffer fordert Südeinsatz in Afghanistan, in: FAZ, 4. Februar 2008.

21. eg. [= Eric Gujer]: Berlins Aussenpolitik mit zwei Gesichtern. Das deutsche Engagement in Afghanistan ohne klare Perspektive, in: NZZ, 5. Februar 2008.

22. Die Ausweitung der Grauzone, in: FAZ, 16. Februar 2008.

23. Reformkurs konsequent fortsetzen. Dr. Peter Ramsauer im Interview mit SUPERillu-Redakteur Dirk Baller, in: SUPERillu, 24. April 2008.

24. Interview mit Dietmar Herz: »Die Truppen müssen noch mindestens zehn Jahre bleiben«, in: SZ-Magazin, 22/2008.

25. Thomas Kröter: Neuer Marschbefehl für Afghanistan, in: FR vom 21./22. Juni 2008; Peter Blechschmidt: Koalition unterstützt Truppenverstärkung, in: SZ, 25. Juni 2008.

26. Regierungserklärung von Bundesaußenminister Steinmeier zu Afghanistan, 25. Juni 2008, abrufbar auf der Homepage des Auswärtigen Amtes (www.auswaertiges.amt.de).

Wer Afghanistan kennt – viele von Ihnen sind da gewesen –, der weiß: Der Wiederaufbau wird noch längere Zeit dauern, und er wird auch eine militärische Absicherung auf längere Sicht brauchen. Ohne ein sicheres Umfeld wird der zivile Wiederaufbau nicht vorankommen. Mit anderen Worten: Wo es keine Sicherheit gibt, da wächst die Angst, und wo die Angst wächst, da stirbt die Hoffnung. Aus diesem Grund wird unsere militärische Präsenz weiter notwendig sein, eine Präsenz, die zum Ziel hat – das ist das Entscheidende –, sich eines Tages selbst überflüssig zu machen.

Am 1. Juli 2008 übernahm die Bundeswehr von Norwegen die Quick Reaction Force (QRF) mit einer Personalausstattung von ca. 240 Mann. Es handelte sich um eine Eingreifreserve in schwierigen Situationen, z. B. zur Kampfunterstützung für andere ISAF-Einheiten. Dazu sollte auch gehören: »Offensive Operationen gegen regierungsfeindliche Kräfte im Zusammenwirken mit den afghanischen Sicherheitskräften«.²⁷

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte übernahm die Bundeswehr damit einen Kampfauftrag. Die mandatsmäßige Geschäftsgrundlage ihres Auftrags war aber weiterhin die bloße Sicherheitsunterstützung und damit ein polizeigemäßes Agieren auf der Grundlage des deutschen Polizeirechts. So waren auch die Einsatzvorschriften für die Soldaten formuliert.

Die Neujustierung der Friedensarbeit der EKD geschah also in einer Zeit eskalierender Gewalt in Afghanistan, auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden des Landes. Man konnte nicht behaupten, dass die deutsche Regierungspolitik in jenen Monaten auf diese Lageverschärfung mit klaren Worten an Parlament und Bevölkerung und mit erweiterten rechtlichen Befugnissen für die Soldaten reagierte.

1.4 Neue Personen: Friedensbeauftragter und Militärbischof

Im Herbst 2008 wurde nach intensiven Vorarbeiten eine völlig neue Struktur für die Friedensarbeit der EKD wirksam, in deren Mittelpunkt die jährlich tagende Konferenz der Friedensarbeit steht. Ihr zugeordnet waren der Arbeitsausschuss und die Geschäftsstelle in Bonn.²⁸ Erstmals wurde vom Rat der EKD die Funktion eines Friedensbeauftragten als Leiter der Friedenskonferenz geschaffen und Renke Brahm mit dieser Aufgabe im Nebenamt betraut. Zudem wurde routinemäßig ein neuer Militärbischof berufen.

Am 22. Mai 2008 erklärte die *Pressestelle der EKD*:²⁹

Der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche, Martin Dutzmann, wird im Nebenamt neuer Militärbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Bundesregierung hat am 21. Mai in Berlin der Wahl des Rates der EKD zugestimmt, Dutzmann

27. Beschreibung der Aufgaben z. B. in der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage von FDP-Abgeordneten (BT-Drs 16/8101) in der BT-Drs 16/8324 vom 29. Februar 2008. Das Zitat auf 2.

28. Einzelheiten sind auf der Homepage der ekd abrufbar: www.ekd.de/friedensbeauftragter/konferenz.html.

29. Presseerklärung der EKD vom 22. Mai 2008: Martin Dutzmann wird neuer Militärbischof. Bundesregierung stimmt Ernennung des Lippischen Landessuperintendenten zu.

zum Nachfolger des im Herbst aus dem Amt scheidenden Militärbischofs Peter Krug zu ernennen.

[...]

Die von der Politik beschlossene Transformation der Bundeswehr markiere nicht nur für diese eine deutliche Veränderung, stellt Dutzmann fest. Bei Auslandseinsätzen zeige sich der Anspruch der Soldatinnen und Soldaten auf seelsorgerliche Begleitung besonders deutlich. Vor dem Hintergrund der jüngst erschienenen Friedensdenkschrift der EKD, die Dutzmann als »Meilenstein« bezeichnet, mahnt der künftige Bischof die Entwicklung eines friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts für die Einsätze der Bundeswehr an. Im Alltag der Soldatinnen und Soldaten würden hier zu Recht Anfragen laut. Mit der Friedensdenkschrift der EKD müsse unterstrichen werden, dass militärische Einsätze allenfalls die Rahmenbedingungen für einen Frieden schaffen könnten, der mit Gerechtigkeit in einem unauflösbaren Zusammenhang stehe. Dies werde in dem Leitbild des »Gerechten Friedens« deutlich, von dem die Denkschrift geprägt sei.

Am 8. Juli des Jahres meldete die *Pressestelle der EKD*.³⁰

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat zum 1. Oktober eine neue Beauftragung ausgesprochen: Renke Brahms, der in der Bremischen Evangelischen Kirche das Amt des »Schriftführers« innehat, wird erster Beauftragter für Friedensfragen im Raum der EKD werden. In dieser Funktion soll er die inhaltlichen Impulse, die von der neuen Friedensdenkschrift der EKD »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« ausgehen, koordinieren und verstärken. [...]

Man muss in der neuen Struktur der Friedensarbeit und der Publikation der neuen Friedensdenkschrift der EKD im Vorjahr den kirchlichen Versuch sehen, auf die krisenhafte Entwicklung der Weltlage nach dem 11. September 2001 angemessen zu reagieren. Das beinhaltete auch eine genauere friedensethische Positionierung angesichts des weltweit agierenden islamistischen Terrorismus, aber auch angesichts der US-Interventionen in Afghanistan und dann 2003 im Irak mit dem kirchlichen Kontrapunkt der zivilen Konfliktbearbeitung und dem Leitbild des gerechten Friedens.

Die beiden neuen Personen, Friedensbeauftragter und Militärbischof, versprechen einen neuen Umgang mit den vielfältigen Konflikten und insbesondere mit dem immer stärker umstrittenen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Renke Brahms war theologisch eher pazifistisch ausgerichtet und vertrat damit den gut organisierten friedenskirchlichen Strang im deutschen landeskirchlichen Protestantismus, während der reformierte Martin Dutzmann als ehemaliger Zeitsoldat der realpolitischen Richtung zuzurechnen ist, für den aber ebenfalls die Friedensdenkschrift von 2007 den wichtigsten friedensethischen Anker seiner künftigen Arbeit bildete. Von seinem Vorgänger unterschied er sich von Anfang an dadurch, dass er dessen große Zurückhaltung bei öffentlichen Äußerungen zu sicherheitspolitischen Fragen nicht teilte. Er war gewillt, sich zur Entwicklung der Bundeswehr, zur Fortentwicklung der Sicherheitspolitik und speziell zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr aus kirchlich-friedensethischer Sicht vernehmlich zu äußern, um einige wichtige Punkte zu nennen.³¹

30. Presseerklärung der EKD vom 8. Juli 2008: Renke Brahms wird Friedensbeauftragter des Rates der EKD. Bremer Schriftführer nimmt auch Aufgaben wahr im Beirat für die Seelsorge in der Bundeswehr sowie für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende.

31. Darstellung nach Äußerungen von Militärbischof Dutzmann an den Verfasser.

Nach der Jahrtausendwende entspannte sich das Verhältnis zwischen der EKD, den allermeisten Landeskirchen und der Militärseelsorge weithin; mehr noch als das: Auf EKD-Ebene entstand ein gedeihliches Miteinander, das man sich in den 1980er und 90er Jahren so nicht vorstellen konnte. Nur aufgrund dieser Entwicklung war es möglich geworden, einen Leutnant der Reserve mit der geistlichen Leitung der evangelischen Militärseelsorge zu betrauen.

Der Friedensbeauftragte und der Militärbischof vertraten also die beiden – inzwischen nicht mehr konkurrierenden – Hauptrichtungen der EKD in der Friedensfrage. Für die praktische Arbeit in dieser Sache musste es darauf ankommen, dass sich die beiden Amtsträger untereinander, aber auch mit dem EKD-Ratsvorsitzenden, gut abstimmen.

Das weit links positionierte Bremer Friedensforum war mit der Berufung von Pastor Brahms zum Friedensbeauftragten nicht einverstanden. In einer Pressemitteilung vom 17. Juli 2008 wurde behauptet, das neue Amt stehe »im Dienst des Krieges«.³²

Die neue Struktur der Friedensarbeit der EKD und der Amtswechsel von Militärbischof Krug zu seinem Nachfolger Dutzmann markierten also einen Einschnitt in der Friedensarbeit, aber auch untrennbar davon, in der friedenspolitischen Außendarstellung der EKD. Das ganze geschah in einer aufgewühlten politischen und medialen Debatte über den Fortgang des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan.

Militärbischof Dutzmann wurde am 24. September 2008 vom Ratsvorsitzenden Bischof Huber in einem festlichen Gottesdienst in sein neues Amt eingeführt. Zwei Tage zuvor berichtete der *epd* u. a.:³³

Als Bischof sieht sich Dutzmann, der an der Wehrpflicht festhalten möchte, in erster Linie als »Seelsorger der Seelsorger«. Im Gespräch mit Politikern und Militärs über Friedens- und Sicherheitspolitik will er die EKD-Position vom Leitbild des gerechten Friedens zur Geltung bringen.

Mit dem ersten EKD-Friedensbeauftragten, dem 52-jährigen bremischen »Schriftführer« Renke Brahms, ist er sich einig, dass es zwischen beiden einer engen Abstimmung bedarf. Denn die Verantwortung für den Frieden sei unteilbar, so Dutzmann. Beide Theologen gehören demselben Jahrgang an.

Der Friedensbeauftragte Renke Brahms trat seinen Dienst am 1. Oktober an.

1.5 Der Ratsvorsitzende der EKD, die Friedensdenkschrift und die Auslandseinsätze der Bundeswehr

Der Ratsvorsitzende Wolfgang Huber stellte in Vorträgen immer wieder die Grundgedanken der neuen Friedensdenkschrift vor. Die Denkschrift war in ihrer Entste-

32. Bremer Friedensforum: Das neue Amt des EKD-Friedensbeauftragten im Dienst des Krieges, BREMEN. Der Bremer Pastor Renke Brahms wird zum 1. Oktober erster Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (www.bremerfriedensforum.de).

33. Siehe dazu den Bericht des *epd*: Neu aufgestellt – Evangelische Kirche erhält neuen Militärbischof und erstmals Friedensbeauftragten, von Rainer Clos, in: *epd Landesdienst West*, 22. September 2009.

hungszeit auch durch Impulse von ihm mit gestaltet worden. Am 6. Juni 2008 hielt er in Münster einen Vortrag über die Entwicklung der evangelischen Friedensethik und speziell über die neuen Aussagen der Denkschrift zum gerechten Frieden.³⁴ Interessant sind seine Ausführungen am Ende des Vortrags:

7. Wer die Verbindung zwischen Friedensethik und Friedenspolitik festhalten will, muss sich allerdings in kategorischen Urteilen zurückhalten. Gerade die Friedensethik war jedoch traditionell durch ein besonders hohes Maß an – einander widersprechenden – kategorischen Urteilen geprägt. Das Beispiel einer Ethik der rechtserhaltenden Gewalt zeigt jedoch exemplarisch, dass man in diesem Feld sehr oft über hypothetische ethische Urteile nicht hinauskommt. Denn die ethische Erwägung ist abhängig von der Einschätzung der politischen Lage, von der Frage nach der Handlungsfähigkeit der international autorisierten Instanzen, von der Abschätzung, ob nichtmilitärische Möglichkeiten ausreichend genutzt wurden, oder von dem Urteil darüber, ob der Einsatz rechtserhaltender Gewalt für die Vorbereitung einer neuen Friedensordnung Raum schaffen kann. Wer immer sich auf solche Fragen einlässt, bewegt sich im Bereich hypothetischer Urteile. Er nimmt eine Unsicherheit in Kauf, die zu den untrüglichen Signalen verantwortlichen Handelns gehört. Er bewegt sich im Bereich der Schuldübernahme (Dietrich Bonhoeffer).

Die Kirche ist gut beraten, in ihrer Friedensethik die Brücke zur Friedenspolitik begehbar zu halten, aber sich nicht unnötig weit in den Bereich solcher hypothetischer Urteile vorzuwagen. Vor allem aber soll sie nicht hypothetische mit kategorischen Urteilen verwechseln und sich einbilden, dort mit letzter Autorität urteilen zu können, wo unser Wissen bruchstückhaft und unsere Einschätzung zukünftiger Entwicklungen ungewiss ist. Die evangelische Friedensethik leistet gerade dann einen wichtigen Beitrag zur Orientierung, wenn sie die Fähigkeit vermittelt, mit solchen Ungewissheiten umzugehen.

Dafür ist nichts so wichtig wie die Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und der Arbeit für den irdischen Frieden. Diese Unterscheidung hat sich in den letzten 25 Jahren immer deutlicher als der Kern evangelischer Friedensethik erwiesen.

Was meinte Huber? Kategorische, normative Urteile in der Ethik sind Urteile aufgrund einer vorgegebenen Norm über falsch und richtig. Wendet man die ethischen Maßstäbe auf eine bestimmte Situation an, dann lässt sich ein normgemäßes Urteil (richtig oder falsch) erzeugen. Huber rät von diesem Verfahren in der Friedenspolitik, also bei komplexen sicherheitspolitischen Konfliktlagen, ab. Huber beschrieb sehr deutlich die Hauptprobleme dabei und nannte an erster Stelle die »Einschätzung der politischen Lage«, aber auch bruchstückhaftes Wissen. Nichts ist schwieriger bei der politischen und ethischen Urteilsbildung als dies. Wie kann ein Staat bzw. wie kann eine Staatengruppe auf eine gravierende sicherheitspolitische und menschenrechtliche Herausforderung politisch angemessen, auch friedensdienlich reagieren? Der Ratsvorsitzende nannte keine konkreten Konfliktfälle, dachte aber wohl in erster Linie an Afghanistan. An die Stelle problematischer kategorischer Urteile sollen deshalb vorsichtige, hypothetische treten. Der Ratsvorsitzende sagte das in Übereinstimmung mit Ziffer 64 der neuen Grundlagen-Denkschrift *Das rechte Wort zur rechten Zeit*.³⁵

34. Von der gemeinsamen Sicherheit zum gerechten Frieden – Die Friedensethik der EKD in den letzten 25 Jahren – Vortrag anlässlich der 12. Dietrich-Bonhoeffer-Vorlesung in Münster, 6. Juni 2008 (abrufbar von der Homepage der EKD).

35. Das rechte Wort zur rechten Zeit. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Gütersloh 2008. Diese Denkschrift erschien etwa drei Monate nach Hubers Vortrag in Münster.

Wenn kirchliche oder theologische Äußerungen sich dabei auf Sachverhalte beziehen, zu deren professioneller Bearbeitung fachspezifische Kenntnisse erforderlich sind, die zwar in der Regel einzelnen fachkundigen Mitgliedern der Kirche, aber nicht der Kirche und Theologie aus ihren eigenen Quellen zur Verfügung stehen, ist Zurückhaltung und eine hypothetische Redeform geboten (»Wenn das und das der Fall ist, dann ist dazu aus kirchlicher Sicht das und das zu sagen«). Damit sinkt nicht der Verbindlichkeitsanspruch solcher Äußerungen, aber es wird deutlich, von welchen Voraussetzungen seine Geltung abhängt.

Fachspezifische Kenntnisse über das internationale Afghanistan-Engagement und die deutsche Afghanistan-Politik erforderten einen erheblichen Recherche-Aufwand. Im Ergebnis bot sich auch im Jahr 2008 ein disparates Bild von Lagebeurteilungen und noch mehr von darauf gründenden Handlungsempfehlungen. Der Ratsvorsitzende zog daraus die einzig angemessene Konsequenz: Der dringende Rat zu vorsichtigen Urteilen. Er selber hielt sich bis zu seinem letzten Ratsbericht an die EKD-Synode im Oktober 2009 konsequent daran.

Im Berichtszeitraum dieser Studie hat kein anderer Ratsvorsitzender, auch kein anderer leitender Geistlicher in der EKD, über die Grundlagen und Fallstricke friedensethischer Urteile so klare und so selbstkritische Angaben gemacht. Was für erfahrene Politiker gilt, denen hochprofessionelle Stäbe und Geheimdienste zuarbeiten, gilt erst recht für viel weniger informierte Zeitgenossen und Theologen: Ihr Wissen über hochkomplizierte Konflikte ist bruchstückhaft und ihre Einschätzung zukünftiger Entwicklungen bleibt ungewiss.

Huber als Mitgestalter der Friedensdenkschrift war sich mit diesen Ausführungen wohl auch bewusst, dass er damit einen Mangel in der Friedensdenkschrift angesprochen hat, der in Ziffer 122 offenkundig ist. *Die begründete Aussicht auf Erfolg* gehört zu den wichtigsten friedensethischen Kriterien zur Beurteilung einer legitimen militärischen Intervention. Wenn künftige Entwicklungen in gewalttätigen Konflikten nur schwer vorauszusagen sind, lassen sich Erfolgsprognosen nur schwer abgeben. Wie soll bei dieser Sachlage der Auftrag für die Interventionsstreitkräfte innerhalb eines Gesamtkonzeptes vorab präzisiert werden, wie die Denkschrift fordert?

Am 15. August 2008 trug Huber vor der Ostseeanrainerkonferenz der Militärseelsorger im Rathaus von Stralsund ein ausführliches Grußwort vor.³⁶ Darin thematisierte er nicht nur die Grundgedanken der Friedensdenkschrift, sondern auch deren Aussagen zur Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen.³⁷ Dazu sagte er u. a.:

Erstens: Die Neuausrichtung der Bundeswehr vorwiegend auf Auslandseinsätze wirft viele ernste Fragen auf.

Die EKD warnt vor einer Ausweitung der Auslandseinsätze und gibt auch zu bedenken, ob die derzeit stattfindenden (zum Beispiel in Afghanistan) nicht eher eingeschränkt oder beendet als ausgebaut und verlängert werden sollten. Weitgehend fehlt in diesem Zusammenhang ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept, in das sich militärische

36. Vom 14. bis 17. August 2008 fand in der Marinetechnikschule Parow bei Stralsund die 10. Ostseeanrainerkonferenz der Evangelischen Militärggeistlichen statt. Es handelte sich um eine jährlich stattfindende ökumenische Veranstaltung mit Teilnehmern aus Skandinavien, dem Baltikum und Polen.

37. Grußwort für die Ostseeanrainerkonferenz der Militärseelsorger im Rahmen des Empfangs im Rathaus, Stralsund, 15. August 2008 (abrufbar von der Homepage der EKD).

Mittel und die Teilnahme an Militäraktionen überzeugend einfügen. Es ist aus der Sicht der EKD problematisch, dass bei der gegenwärtigen »Transformation« der Bundeswehr eine einseitige Prioritätensetzung zugunsten der Auslandseinsätze erfolgt. Zwar haben die »Verteidigungspolitischen Richtlinien« und das Weißbuch von 2006 die in der hergebrachten Form überholte »Landesverteidigung« durch die Formel »Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger« ersetzt. Dieser Aufgabe wird zwar ein hoher Stellenwert eingeräumt, sie scheint aber konzeptionell noch wenig ausgestaltet und der Öffentlichkeit nicht ausreichend bewusst zu sein. [...]

Beachtenswert, weil abweichend von der Friedensdenkschrift, sind seine verständnisvollen Bemerkungen zur internationalen Einbindung der deutschen Sicherheitspolitik. Man könne sie

nicht mehr vom internationalen Rahmen isolieren. Sie ist in die durch die UNO repräsentierte internationale Rechtsgemeinschaft genauso eingeordnet wie in Entscheidungen der NATO und der europäischen Union. Das bestimmt den Horizont, innerhalb dessen auch spezifische Fragen der deutschen Sicherheitspolitik zu diskutieren sind.

Der EKD-Ratsvorsitzende teilte die Kritik vieler Friedensforscher und Politikwissenschaftler an der fehlenden deutschen Sicherheitsstrategie gerade im Blick auf die gewachsene Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Er forderte auch »eine breitere gesellschaftliche Diskussion« über diese Fragen, was allerdings bisher am fehlenden politischen Interesse weiter Teile der Bevölkerung, aber auch der eigenen Kirchenmitglieder scheiterte und auch künftig scheitern sollte. Die umfangreiche Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr für den Frühsommer 2008 wies das erneut nach.³⁸ Sie schildert, dass 95 Prozent der Befragten zum ISAF-Einsatz nach eigener Einschätzung nur geringe bis gar keine Kenntnisse besitzen. Bei anderen Einsätzen ist der Anteil der Unkundigen noch höher.

Bemühungen, eine nationale Sicherheitsstrategie zu entwickeln, gab es zu jener Zeit wenigstens punktuell. So lud die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Fachpublikum zu einer Konferenz am 7. Mai 2008 nach Berlin ein, auf der der Entwurf einer »Sicherheitsstrategie für Deutschland« vorgestellt wurde.³⁹ Bereits 2005, noch vor Erscheinen des Verteidigungsweißbuches 2006, forderte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik eine nationale Sicherheits-Strategie.⁴⁰

38. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.): Dr. Thomas Bulmahn, Bevölkerungsbefragung 2008, Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland, Kurzbericht, November 2008.

39. Einladungsschreiben von Volker Kauder und Andreas Schockenhoff, vervielfältigt. Der Text war am Vortag verabschiedet worden: Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Mai 2008, Manuskript vervielfältigt, 13 Seiten.

40. Impulse zur Entwicklung einer nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland, Seminar für Sicherheitspolitik 2005 an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, 10. Januar–24. Juni 2005. Text abrufbar bei www.baks.bund.de.

1.6 Die Trauerfeier für den gefallenen Soldaten Mischa Meier

Am 27. August wurde in der Provinz Kunduz der 29jährige Hauptfeldwebel Mischa Meier bei einem IED-Anschlag⁴¹ getötet und drei Soldaten wurden verwundet.⁴² Der seinerzeit für die Soldaten in Kunduz zuständige katholische Militärpfarrer Stephan Schmuck äußerte sich anwesenden Journalisten gegenüber zur Gefahrenlage:⁴³

»Es war schon in der Vorbereitung allen klar, dass es ein heißer Einsatz wird«, räumt der katholische Militärpfarrer Stephan Schmuck ein. Besonders das »Gefühl der Ohnmacht« hält der Pfarrer für belastend – denn »der Feind hält sich nicht an die Spielregeln«.

Bei aller Sorge um die deutschen Soldaten sieht Militärpfarrer Schmuck nach den neuerlichen Zwischenfällen eine weitere Gefahr: Es könnte ein pauschales Negativbild vom bedrohlichen Afghanen entstehen. »Diesem Bild muss man wehren«, mahnt Schmuck – denn die Folgen wären fatal.«

Wie sah das Trauerzeremoniell für die gefallenen Soldaten im Einsatzland aus und inwieweit waren daran Militärpfarrer beteiligt? Da diese Trauerfeier die erste ist, die in den Berichtszeitraum dieser Studie fällt, werden ihre einzelnen Elemente ausführlicher beschrieben.

Es bestand seit Beginn des Afghanistaneinsatzes ein in Grundzügen fester Ablauf, über den die Militärpfarrerin Christel Göltzer bereits im Jahr 2003 in Einzelheiten berichtet hatte.⁴⁴ Dazu gehörte der Trauerappell im Feldlager des betroffenen Soldaten. Auf dem großen Appellplatz traten alle abkömmlichen Kameraden und Kameradinnen an. Der Lagerkommandant und eventuell noch höher gestellte Kommandeure, soweit vor Ort anwesend, hielten eine Traueransprache. Auch der zuständige Militärpfarrer übernahm einen kurzen liturgischen Teil, meist mit einer kurzen Ansprache verbunden. Falls zwei Militärpfarrer zur Verfügung standen, nahmen sie mit verteilten Rollen gemeinsam am Trauerappell teil.

Nach Abschluss des Appells wurde der Sarg bzw. wurden die Särge in langsamer Fahrt zum bereit stehenden Hubschrauber oder zum bereit stehenden Transportflugzeug gebracht und dann nach Termez in Usbekistan, direkt an der südlichen Grenze nach Afghanistan geflogen. Dort unterhielt die Bundeswehr einen großen Luftumschlagplatz.

Thomas Wiegold vom Nachrichtenmagazin *FOCUS* erlebte den Trauerappell für Mischa Meier am Donnerstag, den 28. August selbst mit und berichtete darüber:⁴⁵

Auf dem Appellplatz des Wiederaufbauteams waren sie alle angetreten. Soldaten, die zivilen Mitarbeiter von Auswärtigem Amt und Polizei, Vertreter der Hilfsorganisationen. Die Af-

41. Improvised Explosive Devices (IED), also selbst gebaute Sprengsätze wurden von den Taliban in Afghanistan massiv gegen die ausländischen Soldaten, aber auch gegen die afghanischen Sicherheitsorgane und staatliche Stellen eingesetzt.

42. Zum Vorgang siehe z.B. Stephan Löwenstein: Den Taliban auf die Füße treten, in: FAZ, 28. August 2008.

43. Katrin van Randenborgh und Thomas Wiegold: Tod im »Friedensbetrieb«, in: FOCUS Magazin, Nr. 36, 1. September 2008.

44. Trauerfeier, Memorial – Seelsorge im Todesfall, in: Für Ruhe in der Seele sorgen. Evangelische Militärpfarrer im Auslandseinsatz der Bundeswehr, Leipzig 2003, 105–110.

45. Letzte Ehre für getöteten Bundeswehr-Soldaten, in: FOCUS online, 28. August 2008.

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE



Gerhard Arnold

Gerechter Friede am Hindukusch?

Die evangelische Kirche und der Afghanistan-Konflikt 2008 bis 2010

Paperback, Broschur, 352 Seiten, 15,0 x 23,0 cm
ISBN: 978-3-579-01607-8

Gütersloher Verlagshaus

Erscheinungstermin: September 2013

Das öffentliche Reden der evangelischen Kirche zum Afghanistan-Konflikt

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr begann zum Jahreswechsel 2001/2002 und wurde ihr bisher größtes militärisches Auslandsengagement, auch das umstrittenste. Es kann deshalb nicht verwundern, dass sich die evangelische Kirche, ihre Spitzenrepräsentanten und ihre Gremien, mit diesem Militäreinsatz beschäftigt haben. Die zeitgeschichtliche Studie begleitet das öffentliche Reden der evangelischen Kirche zum Afghanistan-Konflikt seit Sommer 2008 bis zum Februar 2011. Der Zeitraum schließt das Wirken von drei EKD-Ratsvorsitzenden ein: Bischof Wolfgang Huber, Bischöfin Margot Käßmann und Präses Nikolaus Schneider. Sie haben die Afghanistan-Thematik unterschiedlich gestaltet. Aber auch der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann und der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms waren eigenständige Akteure.

 [Der Titel im Katalog](#)